



Polen - Pressespiegel 42/2025 vom 16.10.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Wird der Westen bereit sein, für Danzig zu sterben?
- Landschaft nach der Schlacht, oder die Reparatur der Justiz
- Poczobuts Ehefrau: Andrzej hat die Einzelzelle verlassen, ich habe Briefe bekommen. Er hat ein Kissen und eine Decke
- Nawrockis Berater trifft sich mit der Alternative für Deutschland
- „Als Privatperson“. Nawrockis Berater erklärt Teilnahme an Treffen mit AfD-Politikern
- Tusk unter Druck. Jetzt muss er jeden Tag eine Show abziehen

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Wird der Westen bereit sein, für Danzig zu sterben?



Quelle: [Europa Press News/Getty Images](#)

Von **Jarosław Kuisz**

In Frankreich stürzt eine Regierung nach der anderen. In Deutschland enttäuscht der neue Kanzler. In Polen sieht man ihre Misserfolge mit amüsierten Gelassenheit. Die Versuchung der Schadenfreude ist groß. Aber haben wir nicht allen Grund zur Sorge?

Und zack! Eine weitere Regierung in Frankreich ist gefallen. An der Seine wechseln die Premierminister wie auf einem Karussell. Die Bürger haben Schwierigkeiten, sich die Namen zu merken. In der jüngsten Folge der Serie erhielt ein gewisser und unscheinbarer Sébastien Lecornu vom Präsidenten Emmanuel Macron den Auftrag, ein Kabinett zu bilden.

Der Niedergang

Die Aufgabe erwies sich als unmöglich. Mühsame Verhandlungen mit den Parteien, die bereit waren, Herrn Lecornu zu unterstützen, dauerten fast einen Monat. Es schien, als sei das Ziel greifbar nahe. Kaum jedoch wurde am Sonntag die Zusammensetzung der neuen Regierung bekannt gegeben, da trat Lecornu am Montag schon zurück. Die Medien heulten auf: „Verfassungskrise!“

Der Präsident drängt, es noch einmal zu versuchen. Das ändert jedoch nichts an der allgemeinen Misere. Als Macron an die Macht kam, setzte er sich das Ziel, die Radikalen zu besiegen und die Finanzen zu sanieren. Beides endete als Flop. Gegenwärtig gibt es in der Nationalversammlung zwei große Blöcke: die extreme Rechte und die extreme Linke.

Dazwischen treibt das „Plankton“, aus dem die nächsten Kandidaten für das Amt des Premierministers versuchen, Zustimmung herauszupressen. Für ausländische Beobachter mag dieses Regierungskarussell

etwas lächerlich wirken. Letztlich sind Streitereien in Koalitionsregierungen Alltag in der Demokratie. In Frankreich jedoch gilt das als Drama.

Erstens herrscht unter den Franzosen selbst die verbreitete Überzeugung, dass sie kulturell nicht fähig seien, Koalitionen zu bilden. Und das wirkt wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.

Zweitens werden Regierungskarussells mit den schwachen Regierungen der Vierten Republik in Verbindung gebracht, die 1958 unterging. Auf ihren Trümmern entstand die heutige Ordnung, die Frankreich vor der Lähmung der Exekutive schützen sollte, genau jener Lähmung, in der sich Paris derzeit wiederfindet.

Depression

Aus öffentlichen Kommentaren und privaten Gesprächen strömt eine düstere Zukunftsvision. In den letzten Jahrzehnten lief es nicht immer gut, aber so fatalistisch wie jetzt war es selten. Für Analysten wirkt das Wort „Krise“ wie ein Euphemismus. In Artikeln und Büchern liest man daher von „Niedergang“, „Abenddämmerung“ ...

Einer der Gründe für die Regierungskrise ist das enorme Haushaltsloch. Einige Politiker rufen zur Besinnung und wollen sparen. Andere hingegen meinen, das Volk leide, Kürzungen seien nicht nötig, und es sei besser, das Geld woanders zu suchen, zum Beispiel die Reichen stärker zu besteuern. Auch eine Anhebung des Rentenalters sollte nicht erfolgen.

So entbrennt ein heftiger Streit, über dem der Schatten eines unpopulären Präsidenten liegt. Letzten Monat gaben sogar 77 % der Befragten an, die Maßnahmen Macrons nicht zu unterstützen. Ähnlich sieht es übrigens auf der anderen Seite des Rheins aus.

Unzufrieden mit den Maßnahmen des neuen Kanzlers Merz waren ganze 65 % der Befragten. In drei großen Ländern Westeuropas, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, führen in den Umfragen Parteien, die als populistisch bezeichnet werden. Wir wissen, dass sich erst an der Macht zeigt, was das genau bedeutet, wie auch für Polen.

Interessant ist daher, dass wir Polen auf diese düsteren Szenarien eher mit einem Schub von Energie reagieren. In unserem Land wirkt das Angstmachen vor Katastrophen meist wie ein Ansporn zum Handeln. Die Krise der westeuropäischen Staaten sehen wir als historische Chance. Seit den Teilungen sind wir in die zweite oder dritte Liga abgestiegen. Wie so mancher Landsmann meint, ist jetzt die Zeit für eine große Revanche.

Und die polnische Sache?

Dennoch birgt die politische Depression in Paris und Berlin auch gewisse Gefahren. Die derzeitigen Regierungen sind alles andere als perfekt. Aber die deutschen oder französischen Populisten, anders als etwa Giorgia Meloni in Italien, neigen zum Pazifismus.

Sie sind bereit, sich mit Russland zu arrangieren. In diesem Sinne können sich ihre Teilpläne mit den großen Plänen von Präsident Putin zur Zerschlagung der Europäischen Union verbinden, deren Anziehungskraft seit Jahrzehnten die Ukraine aus der russischen Einflusszone gezogen hat. Präsident Putin kann langfristige Strategien entwerfen, da er keine Angst vor einer Wahlniederlage hat. Und da er so handelt, betrachtet er Karten eher aus der Perspektive, eine Rolle in der Geschichte Russlands zu spielen. Es ist kein Wunder, dass er dabei mal an Peter I., mal an Katharina II. erinnert.

Vor diesem Hintergrund wirkt der Regierungstumult um Herrn Lecornu deplatziert. Der Trend ist jedoch unaufhaltsam. Das Gefühl einer tiefen Krise in Westeuropa, politischer Pessimismus in den sozialen

Medien und Polarisierung erzeugen letztlich in den Gesellschaften das Verlangen, sich hinter die eigenen Zäune zurückzuziehen, und zwar hinter hohe Zäune.

„Lasst die anderen die Welt retten“, scheint die Mehrheit der französischen und deutschen Bürger zu denken. Was bedeutet das? Dass die nächsten Regierungen dieser Länder vielleicht nicht nur „nicht für den Donbass sterben wollen“ (wie es kürzlich ein französischer Geopolitiker ausdrückte), sondern auch -- und das schon wieder -- „nicht für Danzig sterben wollen“, noch für Wilna, Riga oder Tallinn.

Ein Kurs in Richtung Egoismus und Isolationismus kann in der Politik eines Landes schließlich nicht zu Solidarität oder der Bereitschaft führen, Leben und Gesundheit für Angehörige fremder Nationen zu riskieren. Es lohnt sich, dass wir uns dessen in Polen bewusst sind.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-czy-zachod-bedzie-chcial-umierac-za-gdansk,nld.22428370>



www.mleczko.pl

*Sie sind müde und geschwächt.
Dann schreiben wir Ihnen ein Rezept. Wie ist Ihr Name?*

Demokratie

Zsfg.: JP

*Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>*

Landschaft nach der Schlacht, oder die Reparatur der Justiz



Quelle: gettyimages

Von **Ewa Siedlecka**

Justizminister Waldemar Żurek und seine Kollegen kündigten auf einer mehr als zweistündigen Pressekonferenz einen Gesetzentwurf an, der das Problem der Neo-Richter lösen soll.

Es ist höchste Zeit, dass die Regierung ein Projekt zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit im Justizwesen vorlegt - die Europäische Kommission hat dafür eine Frist bis Oktober gesetzt, und die Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu Lech Walesa ist für November vorgesehen.

Genau genommen sollten wir bis Oktober Maßnahmen zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit umgesetzt haben, zumindest was die Disziplinarverfahren gegen Richter und die Garantien für die Unabhängigkeit betrifft. In der Zwischenzeit ist der von Minister Żurek vorgelegte Entwurf noch nicht so weit, dass der Ministerrat beschließen könnte, ihn an den Sejm zu überweisen. Es ist nicht klar, warum - denn was heute im Justizministerium vorgestellt wurde, ist praktisch derselbe Entwurf, den Minister Bodnar im April dieses Jahres vorgelegt hat. Ja, es gibt einige Änderungen, aber die muss man finden, indem man „genau hinschaut und 10 Details findet, die sich von den folgenden Bildern unterscheiden“. Beide Entwürfe haben identische Titel: „über die Wiederherstellung des Rechts auf ein unabhängiges und unparteiisches, gesetzlich verankertes Gericht durch die Regelung der Auswirkungen der zwischen 2018 und 2025 gefassten Beschlüsse des Nationalen Justizrates [JKRS]“ und eine identische Präambel.

Die wichtigsten Unterschiede sind zwei. Der erste besteht in der Beibehaltung der Berufskammer des Obersten Gerichtshofs, wobei das Verfahren für ihre Besetzung geändert wird, die in der April-Fassung des Entwurfs aufgelöst und die Disziplinarsachen an die Strafkammer des Obersten Gerichtshofs übertragen wurden. Außerdem sollen Absolventen der Nationalen Hochschule für Justiz und Staatsanwaltschaft, die vom Neo-KRS ernannt wurden, sowie Personen, die nach ihrer Tätigkeit als Hilfsrichter oder Kanzler die juristische Prüfung bestanden haben und dann vom Neo-KRS ernannt wurden (ca. 1.100 Personen), per Gesetz in richterlichen Positionen verbleiben. In der von Bodnar im April vorgelegten Fassung des Entwurfs war vorgesehen, dass ihre Ernennungen durch einen Beschluss des KRS genehmigt werden, der nach den neuen verfassungskonformen Regeln gewählt werden sollte.

Aber darüber hinaus ist es ein und dasselbe Projekt, das dies ermöglicht:

- Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes sind die Beschlüsse des Neo-KRS zur Richterbestellung „rechtsunwirksam“.
- Rechtmäßig ernannte Richter (nicht unter Beteiligung des neo-KRS), die anschließend unter Beteiligung des neo-KRS befördert werden, kehren an ihre Heimatgerichte zurück, werden aber für zwei Jahre an den Ort ihrer derzeitigen Rechtsprechung abgeordnet, damit sie ihre Fälle abschließen können. Diese Personen nehmen an wiederholten Auswahlverfahren teil, die von dem zukünftigen legalen KRS organisiert werden.
- Neo-Richter dürfen nicht am Obersten Gerichtshof tätig werden - ihre Ernennungsurkunden werden für null und nichtig erklärt, und sie dürfen nicht als Abgeordnete am Obersten Gerichtshof bleiben (56 Personen).
- Staatsanwälte, die von der Neo-KRS zu Richtern ernannt wurden, kehren auf ihren früheren Posten in den Staatsanwaltschaftsdienst zurück.
- Personen, die andere juristische Berufe ausüben (z. B. Anwälte, Notare), können Rechtsreferenten werden, aber auch die Rückkehr in ihren früheren Beruf beantragen.
- Abschaffung der Außerordentlichen Kammer für Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten.
- Die Aufrechterhaltung von Urteilen, die mit falsch ernannten Richtern gefällt wurden, jedoch nur, wenn die Parteien die Rechtmäßigkeit des Spruchkörpers während des Verfahrens angefochten haben.

Wenn die Unterschiede vernachlässigbar sind, warum wurde dieser Entwurf dann nicht früher an das Parlament weitergeleitet, damit er wenigstens bis zu der von der Europäischen Kommission gesetzten Frist im Oktober verabschiedet werden kann?

Einer der Gründe dafür ist, dass Minister Adam Bodnar die Annahmen dieses Projekts an die Stellungnahme der Venedig-Kommission geschickt hat, die eine frühere Version kritisiert hatte, weil sie das Problem der Neo-Richter pauschal löste, anstatt den Prozess der Ernennung jedes einzelnen von ihnen im Hinblick auf die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu untersuchen. Waldemar Żurek, der am 24. Juli ernannt wurde, zog die Untersuchung seines Vorgängers aus der Venedig-Kommission zurück. Doch mit dem Rückzug hätte das Projekt - nach dem politischen Willen des Premierministers - an den Sejm weitergeleitet werden können, und eine solche Entscheidung ist bis heute nicht getroffen worden.

Der Entwurf ist also noch nicht einmal im Sejm in Arbeit. Darüber hinaus hat er so gut wie keine Chance, von Nawrocki unterzeichnet zu werden. Und selbst wenn er verabschiedet und unterzeichnet werden sollte, kann er nicht in Kraft treten, denn dazu ist ein neues Gesetz über den Nationalen Justizrat erforderlich, das noch nicht ausgearbeitet ist. Und das, obwohl das Ministerium schon seit anderthalb Jahren daran arbeitet.

Warum das alles in diesem Tempo geschieht, ist schwer zu sagen. In der Zwischenzeit macht die Europäische Kommission die nächsten Tranchen des Nationalen Wiederaufbauplans von der Verabschiedung von Lösungen für die ungerechte Situation im Justizwesen abhängig. Die Auszahlung dieser Gelder ist trotz der Tatsache, dass der Präsident die Justizgesetze nicht unterzeichnen wird, schon jetzt zweifelhaft, und sie sind noch nicht einmal geschrieben worden.

Es ist auch zweifelhaft, dass die Europäische Kommission die gerade von Minister Żurek erlassene Änderung der Verordnung über die Ämter der ordentlichen Gerichte, die es den Präsidenten der Gerichte ermöglicht, Neo-Richter von der Rechtsprechung abzuziehen, als Erfüllung ihrer Bedingung für die Säuberung des Justizwesens ansehen würde.

Minister Żurek lud Prof. Marek Safjan, einen pensionierten Richter des EuGH, zu seiner Konferenz ein. Prof. Safjan bewertete das Projekt nicht im Hinblick auf seine Vereinbarkeit mit EuGH-Urteilen, sondern fasste die Situation der Rechtsstaatlichkeit in Polen zusammen: „Es ist eine Landschaft nach einer Schlacht. Wir haben es mit Ruinen zu tun, die einzustürzen drohen“.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Zsfg.: JP

<https://blog.polityka.pl/siedlecka/2025/10/09/krajobraz-po-bitwie-czyli-naprawa-sadownictwa/?nocheck=1>

Poczobuts Ehefrau: Andrzej hat die Einzelzelle verlassen, ich habe Briefe bekommen. Er hat ein Kissen und eine Decke



Quelle: [LEONID SHCHEGLOV/AFP/East News](#)

Von **Anna Wyrwik**

Am Dienstag, dem 7. Oktober, teilte Oksana Poczobut mit, dass ihr Ehemann Andrzej Poczobut am 23. September die Einzelhaft verlassen und in eine Zelle mit verschärftem Regime verlegt worden sei. Am Mittwoch fügte sie hinzu, dass sie Briefe von ihrem Mann erhalten habe.

Andrzej Poczobut verbüßt eine achtjährige Haftstrafe wegen angeblichen „Hass schürens und Verherrlichens des Totalitarismus“ in der Strafkolonie Nr. 1 in Nawapolazk. Er wurde am 25. März 2021 im Zuge der Repressionen gegen die Opposition nach den Protesten ausgelöst durch die von Alexander Lukaschenko gefälschten Wahlen im August 2020 festgenommen.

Die Bedingungen in Nawapolazk sind schrecklich, unter anderem wegen der Lage des Gefängnisses in der Nähe von Chemiebetrieben. Die Gefangenen atmen kontaminierte Luft ein, laufen, soweit sie aus den Zellen gelassen werden, über verseuchtes Gelände und müssen wie Sklaven über ihre Kräfte hinaus arbeiten.

Andrzej Poczobuts Frau: In der Isolationszelle trainierte Andrzej nachts wegen der Kälte

Poczobut wird im Gefängnis schikaniert und in Einzelhaft gesperrt. Sein Kontakt zu Angehörigen und Anwälten wird erschwert, manchmal erhält er keine Briefe.

Am Dienstag, dem 7. Oktober, schrieb Andrzejs Frau Oksana Poczobut auf Facebook: „Alles deutet darauf hin, dass Andrzej Poczobut die letzte Verbindung verloren hat, die ihm noch blieb, die Korrespondenz mit seiner Familie.“ Im selben Beitrag teilte Oksana mit, dass ihr Mann am 23. September die Einzelhaft

verlassen habe (wir wissen nicht, wie lange er dort war). Heute gegen 8 Uhr morgens veröffentlichte Oksana Poczubut einen weiteren Beitrag, in dem sie mitteilte, dass sie Briefe von ihrem Mann erhalten habe.

„Freunde! Kaum habe ich Alarm geschlagen wegen der fehlenden Korrespondenz, da kamen Briefe von Andrzej Poczubut. Alles dank eurer guten Gedanken! Er grüßt wie gewohnt alle, die ihn nicht vergessen! Der Rest bleibt unverändert. Nach der Isolationszelle wurde er für weitere sechs Monate in die PKT (Zelle mit verschärftem Regime -- Anm. d. Red.) verlegt. Er schreibt, dass sich diese Zelle von der Isolationszelle nur dadurch unterscheidet, dass er nachts ein Kissen und eine Decke hat. Schlaf nachholen kann er vorerst nicht, weil er in der Einzelzelle nachts ständig trainieren musste, um sich vor der Kälte zu schützen. Ich hoffe, dass die Bedingungen jetzt, mit Beginn der Heizperiode, nicht mehr so hart sind. \[Andrzej\] freut sich über die Freilassung einiger Gefangener und erkundigt sich nach denen, die noch in Haft sind", heißt es in Oksana Poczubuts Beitrag.

Etwas andere Informationen zu Poczubut veröffentlichte gestern der Belarussische Journalistenverband. Unter Berufung auf seine Quellen berichtete er, dass Andrzej Poczubut bereits am 23. August -- und nicht im September, wie seine Frau angibt -- in eine Zelle mit verschärftem Regime verlegt wurde. Diese Information wurde auch unter anderem von Bielsat veröffentlicht, der über diesen Zelltyp schrieb:

„Die Unterbringung in einer solchen Zelle ist eine Art Strafe für Verstöße gegen die internen Regeln der Strafkolonie. In einem solchen Raum können mehrere Personen untergebracht sein; den Gefangenen werden ein Kissen, eine Decke, eine Matratze und Unterwäsche zur Verfügung gestellt. Erlaubt ist nur ein halbstündiger Ausgang pro Tag."

Der Journalistenverband vermutet außerdem, dass die Korrespondenz mit Poczubut im September unterbrochen wurde, weil er in Einzelhaft kam, wo Gefangene weder Briefe noch Pakete erhalten.

Andrzej Poczubut hatte im September sein erstes Treffen seit langer Zeit

Wahrscheinlicher ist jedoch, dass Andrzej Poczubut die Einzelhaft am 23. September verlassen hat. An diesem Tag wurde ihm nämlich auch erstmals ein Treffen erlaubt. Im Gefängnis besuchte ihn Andżelika Borys, die Vorsitzende des Verbandes der Polen in Belarus.

Nach dem Treffen berichtete sie, dass der Journalist stark abgenommen habe -- er wiegt 73 kg, was für ihn ein kritisches Gewicht ist, hat hohen Blutdruck und Herzrhythmusstörungen. Im Gespräch mit der „Rzeczpospolita" fügte Borys hinzu, dass Andrzej kürzlich eine Operation zur Entfernung von Hautgeschwüren durchlaufen habe. Es ist unklar, ob der chirurgische Eingriff im Krankenhaus oder in der Ambulanz der Strafkolonie durchgeführt wurde.

Die Zustimmung der belarussischen Behörden zu Poczubuts Treffen mit Borys könnte im Zusammenhang mit dem Besuch des Mitglieds des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Li Xi, in Belarus stehen. Peking war damals verärgert über die Schließung der polnisch-belarussischen Grenze durch die polnische Seite, da dies die wichtigste Eisenbahnroute unterbrach, über die chinesische Waren in die Europäische Union gelangen. Polen, das kontinuierlich diplomatische Anstrengungen unternimmt, um Andrzej freizubekommen, erkannte, dass China bei den Verhandlungen mit Lukaschenko hilfreich sein könnte. Für den belarussischen Diktator ist Poczubut jedoch eine zu wertvolle Verhandlungsmasse; daher stimmte er vermutlich den Besuchen zu, aber nicht der Freilassung unseres Kollegen.

Zur Erinnerung: Am 10. September entließ Alexander Lukaschenko eine Gruppe von 52 Gefangenen, darunter auch Polen. Am 16. September begnadigte er weitere 25 politische Gefangene. In der Nacht vom 24. auf den 25. September wurde der Grenzverkehr zwischen Polen und Belarus an den Übergängen Terespol und Kukuryki wieder aufgenommen.

Andrzej Poczobut für einen angesehenen Preis nominiert

Am 23. September wurde Andrzej Poczobut unter die Nominierten für den prestigeträchtigen Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments aufgenommen. Der Preis „würdigt Personen, Gruppen und Organisationen, die herausragende Beiträge zum Schutz der Gedankenfreiheit geleistet haben“. Er fördert die Meinungsfreiheit, die Rechte von Minderheiten, die Achtung des Völkerrechts, die Entwicklung der Demokratie und die Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit. Die ersten Preisträger im Jahr 1988 waren Nelson Mandela und Anatolij Martschenko.

Die Nominierungen erfolgen durch Fraktionen im Europäischen Parlament. Andrzej Poczobut wurde von den Gruppen der Europäischen Volkspartei, zu der unter anderem Abgeordnete der Bürgerkoalition gehören, sowie der Europäischen Konservativen und Reformer, zu der die PiS zählt, vorgeschlagen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7.75399.32309274.zona-poczobuta-andrzej-opuscil-karcer-dostalam-listy-ma-poduszke.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

Nawrockis Berater trifft sich mit der Alternative für Deutschland



Quelle: [Agencja Wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Von **Bartosz T. Wieliński**

Professor Andrzej Nowak, einer der engsten Berater von Präsident Karol Nawrocki, wird an einer von der rechtsextremen Alternative für Deutschland (AfD) organisierten Konferenz in Berlin teilnehmen. „Ich fahre als Privatperson dorthin“, erklärt er gegenüber „Wyborcza“.

Es geht um eine Podiumsdiskussion, die die Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) am 8. Oktober in einem der Gebäude des Bundestagskomplexes veranstaltet. Der Titel der Veranstaltung „Das Deutsch-Polnische Haus. Eine Brücke oder ein Betrug“. Es geht um eine Institution, die von der deutschen Regierung und dem Parlament eingerichtet wird, um den Dialog zwischen Deutschen und Polen zu fördern und in Berlin eine Gedenkstätte für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs zu errichten.

An der Diskussion mit Prof. Andrzej Nowak, Historiker an der Jagiellonen-Universität und seit August Berater des Präsidenten Karol Nawrocki, nehmen drei Abgeordnete der Alternative für Deutschland teil, darunter aus Sosnowiec stammender Adam Balten. Vor der Debatte mit AfD-Politikern wird Prof. Nowak einen Vortrag halten.

AfD-Politiker laden in den sozialen Netzwerken der Partei zu dem Treffen ein. In Grafiken veröffentlichen sie ein Foto von Prof. Nowak und werben damit, dass er Berater des polnischen Präsidenten ist.

„Ich fahre als Historiker nach Berlin. Ich wurde schon vor vier Monaten eingeladen, noch vor den Wahlen“, sagt Professor Nowak gegenüber „Wyborcza“.

Prof. Andrzej Nowak über die AfD: Es gibt dort Politiker, mit denen es sich zu reden lohnt

Die Alternative für Deutschland wurde 2013 als Partei der Konservativen gegründet, die sich gegen die Rettung des damals bankrotten Griechenlands aussprach und die Auflösung der Eurozone forderte. Im Laufe der Zeit verlagerte sich die AfD auf einwanderungsfeindliche und radikale Positionen, und in den Äußerungen ihrer Mitglieder kam Geschichtsrevisionismus zum Vorschein - aufgrund der Unterwanderung durch Neonazi-Aktivisten. Es gab Slogans über den Stolz auf die Errungenschaften der Wehrmacht und Forderungen nach der Entfernung von Denkmälern für die Opfer des Dritten Reichs aus dem öffentlichen Raum.

Es gab Fälle, in denen AfD-Politiker Unwahrheiten über den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erzählten (Polen wurde dafür verantwortlich gemacht), die Grenzen an Oder und Neiße infrage stellten oder die deutsche Verantwortung für Verbrechen relativierten.

Ist dies ein geeignetes Milieu für einen wichtigen Berater des polnischen Präsidenten?

„Es sollte nicht verallgemeinert werden, dass die gesamte Partei, die in Deutschland derzeit die größte Unterstützung genießt, Neonazis sind. Es gibt dort Politiker, die ganz andere Ansichten vertreten. Mit denen sollte man reden“, sagt Prof. Nowak.

Die AfD verzeichnet derzeit einen Rekordzuspruch. In einigen Umfragen hat sie bis zu 27 Prozent Unterstützung. Die Christdemokraten liegen bei 25 Prozent.

Wird die AfD endlich ihr Ziel erreichen?

AFD-Politiker suchen seit Jahren den Zugang zur PiS und betonen die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien, etwa in der Migrationspolitik oder der Abneigung gegen die Europäische Union. Auf polnischer Seite ist Andrzej Przyłębski, der Ehemann von Julia Przyłębska, der von der PiS ernannten Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, der Befürworter einer Annäherung. Es gelang ihm jedoch nicht, Jarosław Kaczyński, der unabhängig von seinen politischen Ansichten eine feindselige Haltung gegenüber Deutschen hat, von der Idee eines Bündnisses zwischen der PiS und der AfD im Europäischen Parlament zu überzeugen.

PiS und AfD fanden sich nach den Wahlen in verschiedenen Parteien wieder. Die Kontakte zu Politikern waren sporadisch. Die Abgeordneten der AfD wurden von dem radikalen PiS-Abgeordneten Dominik Tarczynski und dem Bildungsminister Przemysław Czarnek getroffen.

Wird das Treffen mit Prof. Nowak, der erste offizielle Kontakt zwischen einem Vertreter des neuen Präsidenten und Politikern der deutschen extremen Rechten, daran etwas ändern? Nach dem Sieg von Karol Nawrocki bei den Präsidentschaftswahlen beeilten sich die AfD-Führer, ihm zu gratulieren, und erklärten, der Wahlerfolg des PiS-Kandidaten sei ein Zeichen dafür, dass „Europa voranschreitet“.

„Dieses Treffen hat nichts mit meiner Arbeit als Berater des Präsidenten zu tun. Ich gehe dorthin, um als Privatperson zu sprechen“, sagt Prof. Nowak.

Im Außenministerium haben wir erfahren, dass Professor Nowak von der Teilnahme an einem Treffen mit AfD-Politikern abgeraten wurde.

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/7.75399.32300228.doradca-nawrockiego-jedzie-na-spotkanie-z-alternatywa-dla-niemiec.html?fbclid=IwY2xjawNO-jRleHRuA2FlbQlxMABicmlkETFEeTdEa0RUekhYTVV2QWJmAR6a_-Yb42OvApUNrolUh-wHx0keNLecx_So3dDGnrEko5P-azW2mmEfYt_b-w_aem_BPTrbGhKLBz2WoTrUXQCbA#s=S.index-K.C-B.1-L.1.duzy

„Als Privatperson". Nawrockis Berater erklärt Teilnahme an Treffen mit AfD-Politikern



Quelle: tvn24.pl

Quelle: TVN24

Professor Andrzej Nowak nahm an einem von Politikern der extremistischen Alternative für Deutschland (AfD) organisierten Treffen im Bundestag teil. Der Berater des Präsidenten, Karol Nawrocki, sagte, er sei „als reine Privatperson" dort gewesen. Er hielt eine Rede und beantwortete später unter anderem Fragen eines TVN24-Reporters zu seiner Teilnahme an der Veranstaltung.

Die wichtigsten Fakten:

- Die AfD ist eine Partei, deren Programm nach Einschätzung des Verfassungsschutzes darauf hindeutet, dass sie „bestimmte Bevölkerungsgruppen von der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft ausschließen (...) und ihnen damit einen untergeordneten Status geben will."
- Extremisten aus dieser Gruppierung wollen eine enge Zusammenarbeit mit Russland, den Wiederaufbau der Nord-Stream-Gaspipelines und sind zum Beispiel gegen jede Diskussion über Kriegsreparationen an Polen.
- Vor dem Besuch von Prof. Nowak warnte der Chef des Außenministeriums, Radosław Sikorski, vor der „außergewöhnlichen Kurzsichtigkeit" eines solchen Schrittes. „Wir haben mehr Angst vor einem nationalistischen Deutschland als vor einem pro-europäischen", fügte er hinzu.

Am Mittwoch fand im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestages eine von der oppositionellen Alternative für Deutschland (AfD) organisierte Vortrags- und Diskussionsveranstaltung statt, an der Professor Andrzej Nowak, Berater des polnischen Staatspräsidenten Karol Nawrocki, und die drei AfD-Abgeordneten Götz Frömling, Alexander Wolf und Adam Baltan, der polnische Wurzeln hat, teilnahmen.

Prof. Nowak bedankte sich für die Einladung an diesen „äußerst prestigeträchtigen Ort“ und wies darauf hin, dass er „ausschließlich als Privatperson, als polnischer Bürger und als Historiker“ spreche. In seinem Vortrag rief er dazu auf, „das Recht des Einzelnen auf ein individuelles Gedächtnis“ zu bewahren, das eine „Kultur der Freiheit“ darstelle. Gleichzeitig sprach er sich gegen eine „Scheinviefalt“ aus.

Prof. Nowak: Die Versuchung, Polen zu übersehen, ist beunruhigend

Im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg wies der Historiker darauf hin, dass Polen „zu den weniger beachteten Opfern in der deutschen Erinnerungskultur gehört“. Zugleich erinnerte er daran, dass Polen und Deutschland auch durch „ein Jahrtausend der Nachbarschaft verbunden waren, in dem Feindschaft und Hass überhaupt nicht überwiegen“. Zugleich warnte der Professor der Jagiellonen-Universität vor „Imperialismen, die auf Kosten schwächerer Staaten miteinander kommunizieren“.

„Was das Gespräch am meisten behindert, ist die Versuchung, (von den Deutschen - Anm. d. Red.) Polen zu übersehen. Die Überzeugung, dass im Osten nur Russland zählt. Und auch die Perspektive, in der sich die Deutschen als Lehrer aufspielen, die gute Manieren, Gedächtnis, Benehmen lehren“, erklärte Nowak und betonte, dass „einem die systematische Auslassung des Begriffs Völkermord im Zusammenhang mit den Polen auffällt“. Er verwies auf das Massaker von Pommern, die Operation AB oder das Gemetzel von Wola als Beispiele für Völkermord.

„Der Versuch, Nationen durch etwas anderes zu ersetzen, wird unweigerlich zu Gewalt führen. Dagegen sollten wir uns wehren“, so Nowak. In diesem Zusammenhang nannte er die EU „eine wertvolle Idee, die geholfen hat, Krieg zu vermeiden“. Gleichzeitig bezeichnete er Versuche, „die Nation durch eine antinationale Ideologie zu ersetzen“, als unvereinbar mit dem Geist Europas.

Prof. Nowak kritisiert Versuche, ein „neues Format“ für Gespräche mit Russland zu schaffen

Auf die Frage nach der politischen Isolation der AfD auf der deutschen politischen Bühne räumte Nowak ein, dass man „mit den Ansichten nicht übereinstimmen“ könne, aber man könne nicht „die Demokratie delegitimieren“ und die Entscheidungen der Öffentlichkeit delegitimieren.

Professor Nowak kritisierte die Versuche der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, ein „neues Format“ für Gespräche mit Russland im Jahr 2021 zu schaffen. „Wir, die Vertreter der osteuropäischen Nationen, zwischen Deutschland und Russland, befürchten eine Beschwichtigungspolitik, wenn ein deutscher Politiker sagt: *Nimm ein Stück, geh nicht weiter*“.

Professor Nowak sagte über die deutsch-polnische Haus-Initiative, sie sei „potenziell gut“, aber wenn es eine „Gedächtnisplanung von oben gibt, wird nichts Gutes dabei herauskommen“.

Prof. Nowak über die AfD: Es gibt dort auch Menschen, und sie haben dort auch Seelen

Auf die Frage der TVN24-Reporterin Alicja Rucińska nach dem Vortrag, warum er die Einladung von Politikern der Alternative für Deutschland angenommen habe, antwortete Prof. Nowak: „Es lohnt sich, die schwierige polnisch-deutsche Geschichte mit den politischen Kräften in Deutschland zu diskutieren, vor allem, wenn sie den zweiten Sitz im Parlament innehaben und ernsthafte Aussichten auf einen Sieg bei den nächsten Bundestagswahlen haben“.

Auf die Frage, ob ihn die Tatsache störe, dass die AfD laut Verfassungsschutz eine extremistische Partei sei, sagte er, er sei „beunruhigt über Versuche, demokratisch unterstützte Parteien durch sehr große Wählergruppen in europäischen Ländern zu verbieten“. „Ich mag keine Versuche, die Demokratie irgendwo zu verbieten“, fügte er hinzu.

Als der Reporter an die umstrittenen Äußerungen von AfD-Politikern erinnerte, darunter die Infragestellung der Oder-Neiße-Grenze, erklärte er, dass er „radikal anderer Meinung ist und glaubt, dass dies während der heutigen (Mittwochs - Anm. d. Red.) Sitzung gehört wurde“.

„Deshalb war ich hier, um den polnischen und historischen Standpunkt darzustellen. Ich möchte jedoch betonen, dass es in der AfD sicherlich nicht nur die Politiker gibt, deren Aussagen Sie zitiert haben, sondern auch diejenigen, die mich hierher eingeladen haben. Also Politiker, die sich für die polnische Sprache in den Schulen einsetzen, für polnische Gedenktafeln an Hinrichtungsstätten, oder die versuchen, die polnische Minderheit hier zu unterstützen“, betonte er.

„Es gibt verschiedene Menschen in der AfD. Ich möchte die Worte von Juliusz Słowacki verwenden, der während des Novemberaufstandes über die Russen sagte: *Es gibt dort auch Menschen, und sie haben dort auch Seelen*. Man kann nicht davon ausgehen, dass sich unter den 30 Prozent der Deutschen, die die AfD wählen, nur Menschen befinden, die Polen hassen“, fügte er hinzu.

Froemming: AfD will polnische Perspektive kennenlernen

Bei der Begrüßung des Gastes aus Polen betonte der AfD-Bundestagsabgeordnete Götz Frömming, dass es „nicht darum geht, neue politische Allianzen zu schließen“ und dass die AfD das Treffen mit Nowak geführt habe, weil die Partei die polnische Perspektive kennenlernen und Kontakte zu Polen pflegen wolle.

Im Zusammenhang mit dem Deutsch-Polnischen Haus merkte Frömming an, dass das Konzept ausschließlich von deutscher Seite erstellt wurde aber „es sollte - wie der Name schon sagt - von zwei Seiten geschaffen werden“.

Professor Nowak hatte vor seiner Ankunft in Berlin angekündigt, dass er als Privatperson an der Veranstaltung im Bundestag teilnehmen werde und dass er noch vor der polnischen Präsidentschaftswahl eingeladen worden sei. Medienberichten zufolge riet das polnische Außenministerium von einer Teilnahme an der Diskussion mit AfD-Abgeordneten ab.

Auf der Einladung stellte die Fraktion der Alternative für Deutschland Prof. Nowak als „Historiker und Berater des polnischen Präsidenten Karol Nawrocki“ vor.

Am 5. Oktober erklärte der Leiter des Außenministeriums, Radosław Sikorski, in den sozialen Medien, ein solcher Besuch erfordere „außergewöhnliche Kurzsichtigkeit“.

AfD. Auf der Tagesordnung, der Wunsch, einige Menschen „untergeordneten Status“ zu geben

Jahrelang haben die großen deutschen Parteien die rechtspopulistische AfD auf nationaler Ebene isoliert und ihren Aktivisten Radikalismus und Populismus vorgeworfen sowie Kontaktpflege zu den Russen.

Dies wird durch die Einschätzung der nationalen Dienste bestätigt. Die **AfD wurde in diesem Frühjahr vom deutschen Bundesnachrichtendienst (BfV) als extremistische Organisation anerkannt, die die Demokratie bedroht**. Dies ermöglicht es den Behörden, verdeckte Methoden zur Überwachung ihrer Aktivitäten einzusetzen.

Nach Einschätzung der Spionageabwehr „**ist der in der Partei vorherrschende, auf Ethnie und Abstammung beruhende Nationsbegriff nicht mit einer freiheitlich-demokratischen Ordnung vereinbar**“. Darüber hinaus entspringt er dem Wunsch „**bestimmte Bevölkerungsgruppen von der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft auszuschließen, sie einer verfassungswidrigen Behandlung zu unterwerfen und ihnen damit einen untergeordneten Status zu geben**“.

Bei der letzten Bundestagswahl erhielt die Alternative für Deutschland 20,8 Prozent der Stimmen und erzielte damit das zweitbeste Ergebnis nach der CDU/CSU-Koalition mit 28,5 Prozent Zustimmung. Derzeit ist die AfD in einigen Umfragen ein eigenständiger Spitzenreiter.

Zsfg.: JP

<https://tvn24.pl/swiat/alternatywa-dla-niemiec-doradca-prezydenta-karola-nawrockiego-profesor-andrzej-nowak-z-wystapieniem-na-spotkaniu-z-politykami-afd-st8690333>

Tusk unter Druck. Jetzt muss er jeden Tag eine Show abziehen



Quelle: [oficjalny profil premiera na Facebooku](#)

Von **Rafał Kalukin**

Donald Tusk versprach Tatkraft, und das Volk hat gelernt, sie einzufordern. Das Problem ist nur: Heute reicht es nicht mehr, einfach nur etwas „aufzubauen“ -- die Macht muss ständig neue „Nummern“ abliefern, die die Aufmerksamkeit der Wähler und der Algorithmen füttern. Und in dieser Logik gehen nicht nur die Politiker unter, sondern auch die Demokratie selbst.

In einer der Szenen aus dem Film „Der Mann aus Marmor“ kommt Redakteur Burski von der Wochenschau auf die Baustelle von Nowa Huta, um ein neues Thema zu suchen. Dort trifft er den Parteisekretär und fragt ihn nach den jüngsten Erfolgen. Schließlich steht der Gewerkschaftskongress bevor, und da wäre es angebracht, etwas Vorzeigbares zu haben.

„Es wird gebaut!“ Genosse Jodła weist stolz auf die Aussicht aus dem Fenster. Doch der Besucher wirft nicht einmal einen Blick hinaus, denn für ihn ist „es wird gebaut“ kein Thema. Die Welt dreht sich weiter, und heute braucht man schon eine richtige „Nummer“.

„Und was ist eine Nummer?“, will der etwas verwirrte Parteisekretär wissen. Der Filmjournalist erklärt: „Zehntausend Ziegel in einer Schicht -- das ist eine Nummer. Aber 'es wird gebaut' ... das ist keine Geschichte.“ Schließlich beschließen sie, dass der vielversprechende Maurer Birkut für die Kamera das Dreifache der Norm schaffen und so zum großen Helden der Arbeit werden soll -- damit man sich später natürlich in seinem Ruhm sonnen kann.

Lasst uns bauen!

Die Zeiten des sozialistischen Arbeitswettbewerbs sind zwar längst vorbei, doch seine Logik erweist sich als zeitlos. Davon werden wir uns bald wieder überzeugen, anlässlich des zweiten Jahrestags der Wahlen und der medienwirksamen Bilanz der Regierung Donald Tusks. Wahrscheinlich wie immer kritisch, denn es ist ja kein Geheimnis, wie sehr es ihm an starken „Nummern“ fehlt. Und ohne die läuft heute gar nichts mehr.

Die meisten von uns erinnern sich wohl noch an das „warme Wasser im Wasserhahn“, das Tusks früheren Regierungen über viele Jahre hinweg stabiles Regieren ermöglichte. Das war gewissermaßen das Pendant zu Genosse Jodłas „es wird gebaut“. Sogar ganz wörtlich -- auf dem Wahlplakat der Bürgerplattform von 2011 stand in großen Lettern: „Machen wir keine Politik, bauen wir Brücken.“ Und dazu noch Autobahnen, Stadien, Sportplätze ... Eigentlich war ganz Polen eine einzige Baustelle -- zum Ruhme seiner Erbauer.

Gewiss, schon damals musste der Premier hin und wieder selbst Hand anlegen und eine „Nummer“ vorführen -- etwa indem er mit der chemischen Kastration von Pädophilen drohte. Doch das waren letztlich nur populistische Verzierungen. Im Großen und Ganzen lebte jene Regierung vom Image eines guten Hausherrn -- eines, der Ruhe und Sicherheit vermittelt, dass Polens Angelegenheiten vorankommen. In seinem eigenen Tempo, gewiss nicht überhastet, doch nach Jahren des engen Gürtels genügte schon die Tatsache, dass man ihn etwas lockern konnte.

Die Zeit der „Nummern“

Leider endet alles Gute irgendwann. Mit der Zeit wuchsen die Erwartungen, und das warme Wasser reichte nicht mehr aus. Als Erster verstand das Jarosław Kaczyński, als er 2015 die Macht übernahm.

„Der Kommunismus ist die Sowjetherrschaft plus Elektrifizierung“, sagte einst Lenin. Der Populismus in seiner polnischen Variante aber war die Herrschaft des Vorsitzenden plus soziale Geschenke. Allerlei, egal was, Hauptsache, es gab etwas, womit man sich brüsten konnte.

Was die Teams von Beata Szydło und Mateusz Morawiecki Tag für Tag auch taten, die unermüdlichen Redakteure Burski von der Woronicza-Straße sorgten dafür, dass es weithin gehört wurde. Die Endungen der Gleichung änderten sich, doch das Wichtigste blieb stets das „Plus“.

Aber die Geschichte drehte sich irgendwann einmal mehr im Kreis. Auch die PiS-Regierungen gingen schließlich zu Ende, um Platz zu machen für den zurückgekehrten Tusk. Obwohl sein Gesicht inzwischen von Furchen und Falten gezeichnet ist, schien er anfangs sogar gut an die Herausforderungen der neuen Epoche angepasst. Genau genommen vielleicht zu sehr, denn er übertrieb es mit den „Nummern“ und versprach so viele davon, als hätte Polen im Lotto einen zusätzlichen Billionenbetrag gewonnen und der Premier selbst würde mindestens fünf aufeinanderfolgende Amtszeiten planen.

Das Problem war nur, dass sich die von der vorherigen achtjährigen Regierungszeit geerbten „Nummern“ gerade gefährlich zu häufen begannen und bald stellte sich heraus, dass nichts mehr da war, woraus man neue hinzufügen konnte. Die Nähte des Haushalts rissen plötzlich auf, und die Schulden wuchsen. Überhaupt wurde es irgendwie dunkel überall, still überall -- Krieg wird sein oder nicht sein --, aber man muss auf Teufel komm raus aufrüsten.

Und was nun tun mit diesem Schlamassel?

Tatkraft plus

In dieser Lage wäre es wohl am bequemsten, sich sicherheitshalber in die Epoche des „es wird gebaut“ zurückzuziehen. Natürlich nicht mehr Stadien, sondern Befestigungen an der Ostgrenze -- oder wenigstens

Bunker. Hauptsache, die gesellschaftlichen Erwartungen würden endlich etwas gedämpft. Man müsste begreiflich machen, dass es wichtigere und weniger wichtige Dinge gibt, und dass man von der Regierung nicht alles auf einmal und sofort verlangen sollte. Denn die Zeit der Sorglosigkeit ist vorbei, es ist die Vorkriegszeit angebrochen.

Das Volk weiß das im Grunde alles. Doch zugleich hat es in den vergangenen Jahren seine gerade erst entdeckte Souveränität lieb gewonnen. Es hat seine Oberhoheit über die Macht gespürt und gelernt, Forderungen an sie zu stellen.

Also muss die Regierung vor allem „tatkräftig“ sein und Themen zuverlässig liefern. Am besten gleich alle auf einmal, denn wenn irgendwo ein Stolperer passiert oder sich etwas verzögert, wird das sofort abgerechnet. Aber auch das reicht nicht, denn gute Regierungsführung heißt heute: allgemeine Tatkraft plus ein Extra.

Staatliche Transferzahlungen haben wohl etwas an Reiz verloren, sind aber nicht so überholt, dass man sich komplett davon zurückziehen sollte. Es sollte trotzdem etwas „freiheitlicher“ zugehen. Also senken Sie die Steuern, Herr Premierminister, und bringen Sie am besten gleich die berühmte Steuerfreigrenze mit. Sie hatten sie ja irgendwie versprochen, denn langsam verlieren wir die Hoffnung.

Ach, und vergiss den Zentralen Flughafen nicht, am besten in der prallen Variante, und jene beiden Atomkraftwerke nicht zu vergessen. Günstiger Strom soll natürlich erhalten bleiben. Schön, dass wir eine starke Armee aufbauen, das ist allerdings deine verdammte Pflicht, also stell dich nicht so zur Schau, um Orden einzusammeln.

Keine Tricks werden helfen

Nicht einmal der Regierungssprecher oder das Zusammentreiben des gesamten Parlamentsklubs für eine Offensive auf „X“ wird etwas nützen. Denn am Ende des Tages taucht immer ein Redakteur Burski auf, diesmal bis an die Zähne bewaffnet mit Algorithmen, um den unglücklichen Genossen Jodła nach seiner neuesten „Nummer“ zu fragen.

Dieser, der gerade keinen Kandidaten für den Helden der Arbeit hat, wird im besten Fall ausweichend antworten. Er wird daran erinnern, dass er gewissenhaft die von seinen Vorgängern gesetzten Normen erfüllt. Doch das ruft höchstens ein gereiztes Schnaufen hervor. Über gewöhnliches Bauen lohnt es sich ohnehin nicht mehr zu sprechen, denn egal wie viele Bauwerke errichtet werden, es wird immer zu wenig und zu langsam sein.

Die Zeiten haben sich dramatisch beschleunigt, und vermutlich kann kaum noch jemand Schritt halten. Dies ist schließlich nicht nur eine Parabel über Tusk. Ähnliche Schwierigkeiten erleben andere ebenfalls. Zum Beispiel der britische Premier Keir Starmer, der kaum an die Macht gekommen, die zuvor mühsam gesammelten Zustimmungüberschüsse verprasst hat. Oder sein deutscher Kollege Friedrich Merz, der bereits vor der formellen Amtsübernahme enttäuschte.

Und so ist der Genosse Jodła aus Nowa Huta im Grunde jeder demokratische Anführer heute, der zunehmendem populistisch-algorithmischem Druck ausgesetzt ist und ständig die Erwartungen weiter hochschrauben muss.

Die Kampagne hört nie auf

In der trügerischen Hoffnung, dass irgendwann die Kampagne endet und die Emotionen abflachen, sodass die Dinge wieder in ihr richtiges Maß zurückkehren, täuscht man sich. Denn Kampagnen hören nicht mehr auf, und Emotionen haben die oberen Register lieb gewonnen.

Wir bewerten Regierungen also nicht mehr im Perspektivrahmen einer Amtszeit, wie früher. Wir beschränken uns auf das letzte Quartal, manchmal auf den letzten Monat, und die Ungeduldigeren gehen vermutlich schon auf wöchentliche Zyklen über. Jeden Tag muss man sich neu beweisen und sich schmerzlicher Kritik aussetzen.

Und niemand weiß, wie man diesen rasenden Lauf stoppen könnte. Bei einer derartigen Reizintensität wäre es wohl naiv, auf ein spontanes Umdenken zu hoffen. Wenn dieses also jemals kommt, dann höchstwahrscheinlich als Reaktion auf ein schreckliches Ereignis. Doch genau um solche „Nummern“ ging es uns ja nicht.

Zsfg.: AV

<https://kulturaliberalna.pl/2025/10/08/kalukin-tusk-pod-presja-teraz-codziennie-musi-robic-show/>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [PAP/Paweł Supernak](#)

“Das Problem ist nicht, dass die Pipeline gesprengt wurde,
sondern dass sie gegen die vitalen Interessen Europas gebaut wurde”

Donald Tusk

Quelle: https://wiadomosci.onet.pl/kraj/donald-tusk-o-nord-stream-2-problemem-nie-jest-to-ze-zostal-wysadzony/85ktq4y?utm_term=autor_5&utm_source=facebook&utm_medium=social&utm_campaign=onet-page-post

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

de.euronews.com

Europa spricht „mit der Stimme Polens“ - Warschau beansprucht Führungsrolle beim Grenzschutz

<https://de.euronews.com/my-europe/2025/10/05/polen-warschau-fuehrungsrolle-beim-grenzschutz-migration>

merkur.de

Merkel gibt brisantes Interview in Ungarn und liefert eigentümliche Erklärung für den Ukraine-Krieg,

<https://www.merkur.de/politik/krieg-merkel-liefert-in-ungarn-eigentuemliche-erklaerung-fuer-ukraine-zr-93970712.html>

rnd.de

Neue Annäherung zwischen der AfD und der polnischen Rechten

<https://www.rnd.de/politik/neue-annaeherung-zwischen-afd-und-der-polnischen-rechten-JRUDLEPR45FAZFVVCIEQWCSKU.html>

spiegel.de

Tusk spricht sich gegen Auslieferung von Nord-Stream-Verdächtigen an Deutschland aus

<https://www.spiegel.de/ausland/nord-stream-polen-verweigert-auslieferung-von-verdaechtigen-an-deutschland-a-32a42fbf-e963-451a-b1e5-69d90e3b6468>

polskieradio.pl

Polen und Finnland wollen gemeinsam gegen Russlands „Schattenflotte“ vorgehen

<https://www.polskieradio.pl/400/7764/Artykul/3589773.polen-und-finnland-wollen-gemeinsam-gegen-russlands-schattenflotte%E2%80%9C-vorgehen>

polskieradio.pl

Außenminister Sikorski: „Offenbar hat die Kanzlerin vergessen, wie ihr Regierungskurs aussah“

<https://www.polskieradio.pl/400/7764/Artykul/3589761.au%C3%9Fenminister-sikorski-offenbar-hat-die-kanzlerin-vergessen-wie-ihr-regierungskurs-aussah>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus